

Offener Brief der DKP Thüringen

Die Situation ist sehr ernst. Das Virus Sars-COV-2 ist gefährlich. Diese Gefahr verschärft sich, da es auf den katastrophalen Zustand eines auf Gewinn orientierten Gesundheitssystems bzw. auf die Gebrechen des Kapitalismus trifft.

Daher fordern die Mitglieder der DKP auch in Thüringen:

- Die Menschen retten, nicht die Banken und Konzerne!
- Mehr Personal für die Gesundheit – weg mit den Fallpauschalen!
- Die Krankenhäuser gehören in die öffentliche Hand und sind der Profitmaximierung zu entziehen!
- Schaffung eines menschenwürdigen Gesundheitswesens!
- Sofortige Öffnung der Kindergärten und Wiederherstellung aller sozialen Kontakte unter Einhaltung der notwendigen Hygienevorschriften!
- Kein Abwälzen der Krisenlasten auf die arbeitende Bevölkerung!
- 100 % Kurzarbeitergeld bzw. die Lohnfortzahlung bis zur Wiederaufnahme der Produktion und Betriebstätigkeit in allen Unternehmen.
- Internationale Solidarität und Zusammenarbeit! Weg mit den Sanktionen!

Die DKP Thüringen verteidigt die im Schatten der Krise ausgehebelten demokratischen Grundrechte. Sie verteidigt die Meinungsfreiheit und das Versammlungsrecht, die faktisch außer Kraft gesetzt wurden. Sie fordert die Beendigung der Einschränkungen von Kontrolle und Mitspracherechten der kommunalen Parlamente.

Wir erinnern an die Worte des KPD-Abgeordneten Max Reimann im Parlamentarischen Rat 1949 bei der Debatte über das Grundgesetz:

„Wir unterschreiben nicht. Es wird jedoch der Tag kommen, da wir Kommunisten dieses Grundgesetz gegen die verteidigen werden, die es angenommen haben.“

Heute müssen wir Kommunisten feststellen, dass der Tag gekommen ist. Das was im Rahmen der Notstandsgesetze bisher nur für den Kriegsfall galt, augenscheinlich in Friedenszeiten erprobt und möglich gemacht wird.

Wir fordern daher die Wahrung der Grundrechte:

1. Aufhebung des überzogenen Versammlungsverbotes!
2. Aufhebung von Überwachung, Datenklau, Handy-Ortung und Drohneneinsätzen!
3. Die Privatsphäre ist zu schützen! Hände weg von unseren Wohnungen!
4. Kein Bundeswehreininsatz für hoheitliche Aufgaben des Staates! Hände weg vom Grundgesetz!

Geld ist genug da! Die Reichen sollen zahlen! Runter mit den Rüstungsausgaben!

Frieden mit Russland! Raus aus der NATO!